



Dominique König-Lüdin
Grossratspräsidentin

Es gilt das gesprochene Wort

Schlussrede als Präsidentin des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt

18. Januar 2017

Sehr geehrter Herr Statthalter
Sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte
Sehr geehrter Herr Regierungspräsident
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Herren Regierungsräte
Sehr geehrte Damen und Herren

So schnell geht es! Die letzte Sitzung meines Präsidiumsjahres ist beinahe beendet. Die letzten Auftritte sind an zwei Händen abzuzählen, nur noch wenige Entscheidungen müssen getroffen und einige Unterschriften gesetzt werden.

Ich durfte während eines Jahres Ihre Präsidentin sein, Grossratssitzungen leiten und den Grossen Rat an rund 130 Anlässen vertreten. Ich darf auf ein intensives und interessantes Jahr zurückschauen. Ein bunter Strauss an Erinnerungen wird mir bleiben. Gerne mache ich zu den beiden Aufgaben meines Amtes eine kleine Rückschau und teile meine Gedanken mit Ihnen.

491 Geschäfte haben wir an 22 Sitzungstagen und einigen Nachtsitzungen beraten. Die hohe Geschäftsanzahl war eindeutig den Kantonalen Erneuerungswahlen geschuldet. Ich habe oft ein sportliches Tempo vorgelegt und auch dann und wann die Sitzungszeiten überschritten. Dennoch haben Sie mit wenigen Ausnahmen mitgemacht. Überhaupt sind Sie meinem sportlichen Naturell gefolgt, sei es in unserer Bewegungspause an der Bündelitagssitzung oder auf unserer Grossratsreise Ende August. Dafür bekommen Sie ein Extra-Lob von mir!

Auch wenn ich mich während den Debatten in der Sache nie zu Wort melden durfte - was mir oft schwer fiel - blieb ich nicht stumm. Sie haben mir viele Möglichkeiten gegeben, mich am Geschehen zu beteiligen: Durch Lob, Kommentare zu Äusserungen und originellen Vorstoss-Titeln, Ordnungsrufe, Stichentscheide etc.

Ich kann Ihnen versichern, dass ich mich auf dem hohen Sitz sehr wohl gefühlt habe. Die Sitzungsleitung war spannend und hat mir grosse Freude bereitet.

Ich habe Ihnen gerne meine ganze Aufmerksamkeit geschenkt. Meinem Blick über die Reihen, an einzelnen Personen verweilend, entging kaum ein Vorkommnis im Saal. Ich fühlte mich manchmal wie eine Mutter, die ihre Kinder führen muss, aber auch stolz auf deren Leistungen ist. Ich durfte amüsante Beobachtungen machen und war des Öfteren überrascht von Ihren rhetorischen Fähigkeiten.

Sie haben sich in den Debatten sachlich geäussert, parteipolitische Inhalte wiedergegeben, unter Einbezug von vielfältigen sprachlichen Mitteln, so haben Sie z.B. versucht, Ihre Ratskolleginnen und -kollegen durch tierische Lautvergleiche von Ihren Anliegen zu überzeugen: mit Knurren, Jaulen, Fauchen, Heulen und Bellen haben Sie Ihre persönlichen Vorstösse oder Sachgeschäfte mutig verteidigt!

Überhaupt ist mir aufgefallen, dass wir eine gewisse Affinität zum Tierreich haben. Dies fand ich auch in einem interessanten Beitrag unter dem Titel « Bundesratswahlen im Affenhaus » in einer Tageszeitung im vergangenen Jahr bestätigt. Der Autor berichtet von einer Studie zu Sozialverhalten und Hierarchien im Tierreich und vergleicht diese mit dem Verhalten von Politikern. Das hat mich schmunzeln lassen, denn es erinnerte mich an verschiedene Debatten in meinem Amtsjahr. Die ständig wiederkehrenden Diskussionen um die Parkplätze, zum Beispiel. Um die potentiellen Gegner einzuschüchtern, bewegte sich ein Leithammel ans Rednerpult und legte auf beeindruckende Weise dar, warum die Aufwertung eines Strassenabschnitts der Beschneidung des vermeintlichen Grundrechts, nämlich dem Anspruch auf einen Parkplatz im öffentlichen Raum gleichkomme. Mit seinem Imponiergehabe wollte er natürlich nur die Gegner in die Flucht schlagen. Da wurde es einigen im Saal unheimlich und sie versteckten sich in ihrer Herde, um ja nicht aufzufallen oder um bei Gefahr zu flüchten. Assiiert von den kleinen Strippenziehern im Hintergrund griff die Leitkuh mit Drohgebärden ins Geschehen ein, markierte, wer der Chef im Rudel ist und rückte somit die Hierarchie wieder zurecht!

Fantasievoll, wenn auch nicht immer treffend waren Vergleiche, die während unserer Beratungen zur Veranschaulichung herhalten mussten.

Ein Ratsmitglied fragte sich während den Budget- und Rechnungsdebatten, ob der Teufel wohl ein Eichhörnchen sei oder der Wolf im Schafspelz stecke. Einzelne hielten lieber den Spatz in der Hand und wollten nicht die Katze im Sack kaufen, worauf Kontrahenten kritisierten, diese Aussage sei weder Fisch noch Vogel! In der Schlussabstimmung mussten wir dann ernüchternd feststellen, dass die ganze Argumentationsreihe für die Katz war und wir eigentlich schon von Anfang an wussten, dass die RednerInnen nur das Pfauenrad schlagen wollten.

In meiner Antrittsrede formulierte ich meine Vorstellungen darüber, wie wir als ParlamentarierInnen durch verantwortungsbewusstes Handeln eine sachbezogene Politik und Arbeit leisten können. Ich habe drei Voraussetzungen genannt: Aufeinander zugehen, aktives Zuhören und Kompromissbereitschaft!

Ist uns das gelungen? Ich befürchte, nicht immer! Im Plenum pflegen wir meist einen respektvollen Ton, versuchen ehrlich, Gegenargumente zu verstehen, diesen zuzustimmen oder sie auch zu zerpfücken.

In den Kommissionsverhandlungen wurde mit härteren Bandagen gekämpft und öfters von der Möglichkeit von Mehrheits- und Minderheitsberichten Gebrauch gemacht. So kamen Beschlüsse nicht durch einen Kompromiss zustande sondern waren Ausdruck der unterschiedlichen politischen Interessen. Auch hier ist, wie allgemein, eine zunehmende Polarisierung sichtbar. Diese führt zum Teil zu sehr knappen Entscheiden im Grossen Rat. Knappe Ratsentscheide werden in unserem Land oft durch ein Referendum hinterfragt. Das Stimmvolk hat das letzte Wort und damit geraten die Sachgeschäfte während des Abstimmungskampfes zwischen die Mahlsteine parteipolitischer Machtkämpfe. Ob dies gesund und von Vorteil für eine gute politische Kultur und eine erfolgreiche Entwicklung für den Kanton und seine Bevölkerung ist, bezweifle ich. Ich möchte meine Aussage anhand eines Beispiels aus meinen repräsentativen Aufgaben vertiefen. Und komme damit zum zweiten Teil meiner Rückschau.

Im November hatte ich die grosse Ehre, die PdP (Partnerschaft der Parlamente), einen Verein deutschsprachiger und amerikanischer Länderparlamente, dem auch die Kantone Zürich und Basel-Stadt angehören, zu ihrer Jahresversammlung im Grossratssaal zu begrüßen. Zusammen mit dem Kanton Zürich hatte Basel-Stadt dieses Jahr den Verein in die Schweiz eingeladen. Der Verein setzt sich für die transatlantische Zusammenarbeit ein. Die Mitglieder sind grösstenteils VertreterInnen der deutschen und österreichischen Landtage, denen die direkte Demokratie in

der Schweiz wenig vertraut ist und die sie skeptisch begutachten. Es wird befürchtet, dass das Parlament und seine Kompetenzen durch die direkte Mitsprache der Bevölkerung geschwächt würden.

So war es naheliegend, zwei Referenten, Professor Giovanni Biaggini und Gerhard Pfister, Präsident der CVP Schweiz, einzuladen, die sich zum Thema „Rolle der Kantonsparlamente in der direkten Demokratie“ äusserten. Beide Referenten vertraten die Meinung, dass Bürgernähe und Kompromisse zu den besten Resultaten führen, auch wenn die direkte Mitsprache der Bevölkerung durch die Instrumente der direkten Demokratie, einem Machtverlust der Parlamente gleichkomme. Prof. Biaggini führte aus, man könne diese Herausforderung auch als Chance sehen. Die Politik werde stark zurückgeführt auf Positionen, die in der Bevölkerung mehrheitsfähig seien. Diese Mehrheit sei nicht vorgegeben. Sie werde auch durch die politische Debatte in den Parlamenten geformt.

Diese Aussagen finde ich treffend bestätigt in unserer Beratung zum Energiegesetz im vergangenen Herbst. Die Mehrheit war sich über das Ziel einig: Klimaschutz durch eine CO₂-freie Wärmeerzeugung mittels vermehrtem Einsatz erneuerbarer Energie. Uneinigkeit herrschte über den Weg, über das Wie. In den Kommissionen wurden die unterschiedlichen Meinungen angehört, Vorschläge von politischen und wirtschaftlichen Verbänden eingeholt und zusammen mit der Verwaltung und Fachleuten intensiv diskutiert. Es wurde versucht, alle Meinungen zu würdigen und dem Parlament am Schluss eine mehrheitsfähige Lösung vorzulegen. Die unterschiedlichen Ansichten galt es mit Besonnenheit einzubeziehen und den grössten gemeinsamen Nenner zu finden. Alle Verhandlungspartner konnten schlussendlich ihre Positionen im Gesetzestext wieder finden.

Der parlamentarische Prozess wurde durch das Wissen um die in der direkten Demokratie verankerte Referendumsmöglichkeit beeinflusst. Wir waren gefordert, ja gezwungen, dem Ratsplenum eine mehrheitsfähige Vorlage zu präsentieren, die selbst vor einer Volksabstimmung bestanden hätte. Unsere Kompromissbereitschaft, die wir bewusst eingegangen sind, hat letztlich zu einer mehrheitsfähigen Vorlage geführt. Das ist kein Machtverlust des Parlaments sondern zeigt eindeutig unsere starke Position, die wir im System der direkten Demokratie einnehmen. Wir haben unsere Verantwortung als Politiker wahrgenommen. Damit ein von Partikularinteressen dominierter Abstimmungskampf verhindert wird, haben wir uns in erster Priorität für eine nachhaltige Sachpolitik eingesetzt. Erst an zweiter Stelle haben wir parteipolitische Interessen eingebracht. Wir haben also die Herausforderung als Chance gesehen und genutzt.

Auf beide Komponenten, Bürgernähe und Kompromisse, einzugehen, führt zu den nachhaltigsten Resultaten. Ganz im Sinne meines Aufrufs: Aufeinander zugehen, aktiv Zuhören und bereit sein zu Kompromissen!

Diese Gesetzesberatung ist ein Musterbeispiel für Prof. Biagginis Feststellung am Schluss seines Referates:

„Parlamente haben eine Chance, durch gute und überzeugende Arbeit Mehrheiten zu gewinnen.“

Das ist uns wahrhaftig bei dieser Gesetzesberatung gelungen und ich gratuliere uns allen dazu. Als Politiker müssen wir die Mechanismen, die sich im System der direkten Demokratie gegenseitig beeinflussen, im Auge behalten und in unsere parlamentarische Arbeit einbeziehen. Wir müssen im Interesse aller an einer konsensfähigen und konstruktiven Politik festhalten. Ich möchte uns ermuntern, diesen Weg weiter zu gehen, auch in der nächsten Legislatur. Seien wir uns auch bewusst, welche idealen Voraussetzungen wir in unserem Land haben, wo

demokratische Rechte selbstverständlich sind, aktiv ausgeübt und geachtet werden und wo gewählte VolksvertreterInnen ihre politische Arbeit frei ohne Angst vor Repressalien ausüben können.

Damit wir auf der politischen Bühne im Parlament und den Kommissionssitzungen unsere Rollen übernehmen und unsere Arbeit als Milizparlamentarier neben allen anderen beruflichen Verpflichtungen mit den nötigen Grundkenntnissen und Informationen ausüben können, braucht es im Hintergrund Unterstützung. Dies leistet der Parlamentsdienst mit grosser Professionalität und Verlässlichkeit. Allen guten Geistern, die mich während meines Präsidiumsjahres in meiner Arbeit helfend zur Seite standen, danke ich. Ich kann gar nicht alle namentlich aufzählen, sonst würde ich Ihre Geduld strapazieren. Stellvertretend danke ich Thomas Dähler, der immer eine Antwort auf meine Fragen hatte und mit Humor und grosser Loyalität mit den Launen von Grossratspräsidien umgeht, Regine Smit, Sabine Canton, Raymonde Morf, Eva Gschwind, Peter Frankenbach und natürlich dem Rathausabwart, den Staatsweibeln, Frau Rünzi vom Ratskaffee und dem Reinigungspersonal. Danken möchte ich auch meinem Statthalter, der sich während den Sitzungstagen als Mundschenk um meine trockene Kehle kümmerte und mir diskret in der Sitzungsleitung „zudiente“. Mein Dank für die gute Zusammenarbeit geht selbstverständlich auch an die Regierung, die Staatskanzlei und die kantonale Verwaltung. Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen danke ich, für ihre Akzeptanz und die einmalige Erfahrung, die sie mir durch meine Wahl zur Präsidentin gegeben haben.

Ich wünsche dem neuen Parlament alles Gute für die 43. Legislatur seit der Verfassung von 1875.

Hiermit schliesse ich die letzte Sitzung des vierten Amtsjahres der 42. Legislatur.